BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag

17. Wahlperiode

18.05.10

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP

Nationales Stipendienprogramm für Bremen nutzen

Die Bundesregierung hat mit dem Entwurf zum Stipendienprogrammgesetz (StipG) einen entscheidenden Schritt unternommen, um die in Deutschland noch schwach ausgeprägte Stipendienkultur zu stärken. Das Stipendienprogramm tritt damit neben Bildungsdarlehen und BAföG. Nach dem Prinzip der "Matching Funds" werden Stipendiengelder nicht staatlicher Akteure im Verhältnis eins zu eins ergänzt. Die Ergänzungsmittel teilen sich Bund und Länder. Ziel des Gesetzentwurfes ist es, besonders begabte Studierende aufgrund der von ihnen erbrachten Leistung durch die Bewilligung eines Stipendiums bei der Entfaltung ihrer Talente zu unterstützen.

Das Stipendium soll 300 € im Monat betragen und einkommensunabhängig und ohne Anrechnung auf das BAföG sein. Die Hochschulen sollen bei der Einwerbung der Stipendienmittel und der Auswahl der Stipendiaten eine Schnittstellenfunktion wahrnehmen. Staatliche und staatlich anerkannte Hochschulen können bis zu 8 % ihrer Studierenden fördern. Das Stipendienprogramm wird sich für den Wissenschaftsstandort Bremen auszahlen, weil seine Zukunft in einer klaren Qualitäts- und Leistungsorientierung liegt. Im Wettbewerb um die besten Köpfe ist ein solcher Anreiz auch für Studierende unverzichtbar. Insbesondere die bremischen Fachhochschulen können profitieren. Die erforderliche Kofinanzierung des Landesanteils von 25 % müsste aus dem Wissenschaftshaushalt erfolgen und würde eine klare Prioritätensetzung erfordern.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

- 1. Die Bürgerschaft (Landtag) hält das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Nationale Stipendienprogramm für eine wichtige und richtige Maßnahme, um erstens eine Stipendienkultur in Deutschland zu etablieren und zweitens die Begabtenförderung zu stärken.
- Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat deshalb auf, dem Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms im Bundesrat zuzustimmen.

Dr. Iris Spieß, Heiko Strohmann, Silke Allers, Elisabeth Motschmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Mark Ella, Dr. Magnus Buhlert, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP